Zurück zum Pazifik

Über die Entspannung der chilenisch-bolivianischen Beziehungen und das Streben Boliviens nach dem Meer

Johannes Winter

Es gibt wieder Annäherung in den politischen Beziehungen zwischen Chile und Bolivien. Das ist die positive Erkenntnis, die sich aus den vergangenen Treffen zwischen Chiles Präsidentin Michelle Bachelet und ihrem bolivianischen Amtskollegen Evo Morales ableiten lässt. Dies ist bemerkenswert, da beide Staaten seit Ende der 1970er Jahre keine diplomatischen Beziehungen mehr zueinander unterhalten. Grund dafür ist der jahrzehntelange Streit um die Modalitäten eines Meereszugangs für Bolivien, das seit dem verlorenen Pazifikkrieg ein Binnenstaat ist. Während Bolivien einen souveränen Pazifikhafen auf chilenischem Territorium fordert, bietet Chile lediglich einen zollfreien Zugang zum Meer. Obwohl eine Neuverhandlung der territorialen Hoheitsrechte als unwahrscheinlich gilt, bemüht sich Bolivien unaufhörlich um die Rückkehr zum Pazifik. Um diese strikte Haltung verstehen zu können, bedarf es, so die These dieses Beitrags, der Berücksichtigung vielfältiger rationaler wie auch irrationaler Motive, die als Triebkräfte für die politischen Forderungen gegenüber Chile wirken. Nur auf Grundlage des Verstehens dieser Zusammenhänge können realistische Wege der Verständigung zwischen den beiden Nachbarstaaten ausgelotet werden.

Vom Pazifikkrieg zum Abbruch diplomatischer Beziehungen

Die Wurzeln des Konflikts liegen im 19. Jahrhundert, als Bolivien nach der Unabhängigkeit 1825 damit begann, das damalige chilenisch-peruanische Grenzgebiet zwischen den Pazifikhäfen Antofagasta und Arica wirtschaftlich zu nutzen. Zunächst gab es kaum Widerstand gegen die bolivianische Expansionspolitik, da die Atacama-Region als trinkwasserarm und unwirtlich galt. Erst mit der Entdeckung reicher Guano- und Salpetervorkommen kam es vermehrt zu Grenzkonflikten zwi-

schen Chile und Bolivien. Anglo-chilenische Unternehmen hatten vor allem die Ausbeutung des für die Sprengstoff- und Düngerherstellung nutzbaren Salpeters intensiviert und Antofagasta zum wichtigsten Exporthafen für den Überseehandel mit Nordamerika und Europa gemacht. Im Grenzvertrag von 1874 wurde Bolivien schließlich die Hoheit über die Region übertragen. Als Gegenleistung wurden ansässige Unternehmen von der Steuerpflicht befreit. Kurz darauf widersetzte sich Bolivien der getroffenen Nutzungsvereinbarung, indem es - als Reaktion auf eine schwere Dürre, die Zerstörung des Hafens Cobija durch ein Seebeben und die folgende Wirtschaftskrise - den Salpeterexport besteuerte. Die Unternehmen weigerten sich, die Zusatzbelastung zu tragen und erhielten dabei Unterstützung von der chilenischen Regierung, die Antofagasta kurzerhand besetzen ließ. Es kam zum Pazifikkrieg (1879-1884) zwischen den beiden Staaten, in den sich Peru als Verbündeter Boliviens einschaltete. Bolivien verlor innerhalb weniger Monate seine Pazifikhäfen an das wirtschaftlich wie militärisch überlegene Chile und musste 1904 einem endgültigen Friedens- und Grenzvertrag zustimmen, der den Verlust des Meereszugangs besiegelte. Gleichzeitig verpflichtete sich Chile, dem Nachbarland freien Transit für Güter und Waren zu den verlorenen Pazifikhäfen zu gewähren, eine finanzielle Entschädigung zu leisten und eine Bahntrasse zwischen La Paz und Arica zu bauen (vgl. Mesa Gisbert 2001: 348f).

Es folgten Jahrzehnte, in denen die politischen Spannungen und sozialen Ressentiments zwischen dem volkswirtschaftlich aufstrebenden Chile und dem ressourcenreichen, aber sozioökonomisch verarmten Bolivien weiter anstiegen. Wiederholt scheiterten Versuche, einen souveränen Pazifikzugang für Bolivien auszuhandeln,

zuletzt in den Verhandlungen der Militärdiktatoren Augusto Pinochet und Hugo Bánzer, die 1978 schließlich im Abbruch der diplomatischen Beziehungen beider Länder mündeten.

Der 13-Punkte-Plan

Heute, 30 Jahre nach dem Abbruch der Diplomatie, haben sich die Regierungschefs beider Länder auf einen 13-Punkte-Plan geeinigt, der als Fahrplan für den Ablauf gemeinsamer Gespräche und als Symbol der Aussöhnung dienen soll. Darin enthalten sind Absichtserklärungen, das Thema Meereszugang neu zu verhandeln sowie Bestreben, den regionalen Freihandel zu fördern, im Anti-Drogenkampf zu kooperieren sowie Bolivien bei der Militärausbildung, im Bildungswesen und in der Armutsbekämpfung zu unterstützen. Wichtig erscheint auch das gemeinsame Vorhaben, die interkulturellen Beziehungen verbessern zu wollen.

Jedoch liegen die Positionen beim Thema Meereszugang weit auseinander. Chile ist bereit, über verbesserte Zugangsbedingungen zu verhandeln und bietet einen freien Transit zum Pazifikhafen Iquique an. Dagegen bleibt es bei der Ablehnung, Bolivien einen souveränen Küstenstreifen zu überlassen. Bolivien forderte zuletzt einen rund 10 Kilometer breiten und 160 Kilometer langen Korridor zur kommerziellen und industriellen Nutzung und schlug dafür die an Peru grenzende Region Arica vor. Auch ein unter trilateraler Führung genutzter Hafenstandort Arica unter Beteiligung Perus wird diskutiert, um mit einer "Region des Friedens, der Integration und der Entwicklung" (vgl. Trigo Paz 2007) die Kontrahenten aus dem Pazifikkrieg zu vereinen. Bislang gibt es keinen konkreten Zeitplan für die Verhandlungen. Betont wird die Offenheit der Gespräche, wohl wissend, dass es ein langer Weg bis zur Einigung werden kann.



"Was Gott uns gab, kann uns niemand nehmen", La Paz am "Tag des Meeres" 2004

Der "Tag des Meeres" – Trauer und Sehnsucht

Auch in Zeiten der Annäherung an Chile bleibt der 23. März ein integraler Bestandteil der bolivianischen Vergangenheitsbewältigung. Am "Día del Mar" begeht das Land den Todestag des im Pazifikkrieg gefallenen Nationalhelden Eduardo Avaroa. Dann formieren sich wieder die zur Bedeutungslosigkeit verurteilte Marine, die nun auf dem Titicacasee übt, und das erste Infanterieregiment, die Leibgarde des Präsidenten, um des Verlustes des Meeres zu gedenken. Schulklassen stellen Schiffe aus Pappmaché zur Schau und fordern in Liedern und auf Transparenten das zurück, was ihre Ur-Urgroßväter einmal verloren haben (vgl. Foto). Es herrscht eine Stimmung aus Trauer und unbefriedigter Sehnsucht. Verbunden mit nationalistischen und anti-chilenischen Parolen wirkt das Ganze wie eine Inszenierung eines emotional hoch aufgeladenen Rituals nationaler Indentitätsbeschwörung.

Wie ist dieses strikte Festhalten an der Rückkehr zum Pazifik zu verstehen?

Motive für Boliviens Streben nach dem Pazifik

In Boliviens Streben nach einem Meereszugang lassen sich unterschiedliche Motive identifizieren, die als Triebkräfte für die latent wie auch vehement vorgebrachten Forderungen wirken. Zunächst bedeutet die Rückkehr zum Pazifik für Bolivien die Verarbeitung eines kollektiven Traumas. Der "Verlust des Meeres" hat sich sowohl in vielen politisch-ökonomischen Diskursen als auch in kulturellen, d.h. literarischen und künstlerischen, Ausdrucksformen niedergeschlagen. Der Verlust nationalen Territoriums und die Schmach des verlorenen Krieges gegen den Erzrivalen und wirtschaftlich dominanten Nachbarn soll mit einer Rückgewinnung kompensiert werden. Sodann dient die öffentliche Debatte um die Rückkehr zum Pazifik als Projektionsfläche für den bolivianischen Nationalismus und die Rückbesinnung auf das Eigene in Abgrenzung zum Fremden. Nationalismus stellt sich im heutigen Bolivien sehr vielschichtig dar. So verfolgt die linkspopulistische Morales-Administration einen so genannten Nationalisie-

rungskurs im Rohstoffsektor, in dessen Verlauf es zu Enteignungen privater Förderanlagen und zur Neuverhandlung der Explorationskonzessionen ausländischer Energieunternehmen gekommen ist. Im östlichen Tiefland dagegen forcieren rechtsnationalistische Bewegungen die soziokulturelle Fragmentierung des Landes und die langfristige Abkoppelung des mehrheitlich von Mestizen besiedelten Oriente vom indigen geprägten Andenhochland (vgl. Winter 2006: 38). Radikalen Strömungen entgegen steht die sich seit dem Demokratisierungsprozess in den späten 1980er Jahren herausbildende neue Nationalidentität des Landes, die "das Traditionelle und Partikularistische mit dem Modernen und Universalistischen im Rahmen einer wahrscheinlich dauerhaften Synthese verknüpft" (Mansilla 2001: 88). In einem stimmen die Gruppen überein: Boliviens verlustreiche Territorialkriege, insbesondere der Pazifikkrieg, beeinflussen die heutigen Entwicklung nachhaltig und erfordern eine besondere Sorge um die eigene Nation. Drittens, dienen die innen- und außenpolitischen Auseinan-



Öffentliches Gedenken an den Verlust des Pazifikzugangs, La Paz am "Tag des Meeres" 2004

dersetzungen um einen souveränen Pazifikhafen als Ventil für die individuellen, kollektiven und nationalen Probleme des Landes. Die stimmungsgeladenen Wortgefechte haben Parlamentssitzungen ebenso bestimmt wie Diskussionen in den Straßen, Lokalen und Plätzen des Landes. Schuldige fanden sich in dem ungeliebten Nachbarn, dem handlungsunfähigen Staat und der desaströsen Armee. Dabei entluden sich Wut und Enttäuschung über die eigene Marginalisierung, über die ethnische Desintegration oder die sozioökonomische Lage im ärmsten Land Südamerikas. Immer wieder kam es zu Straßenblockaden und gewaltsamen Demonstrationen, die ein Klima des gesellschaftlichen Stillstandes und die Sorge vor der "Unregierbarkeit" (vgl. Winter/Scharmanski 2005: 30ff) Boliviens erzeugten. Viertens, dient die Forderung nach der Rückkehr zum Meer als effektives politisches Wahlkampfinstrument, mit dem sich Wählerstimmen gewinnen und soziale Gruppen mobilisieren lassen. So werden zwischenstaatliche Spannungen aufrechterhalten, deren Wurzeln so weit zurückliegen, dass die Beteiligten

heutiger Debatten weder eigene Erinnerungen daran haben noch direkten persönlichen Schaden daraus erlitten haben. Fünftens, ist es ein nationales Bestreben, die territorialen Verluste Boliviens nicht widerstandslos hinzunehmen und wiederkehrend Ansprüche auf verlorenes Territorium anzumelden. Dabei wiegt der Verlust des Pazifikzugangs deutlich schwerer als andere schmerzhafte Territorialverluste wie die aus dem verlorenen Chaco-Krieg gegen Paraguay in den 1930er Jahren. Sechstens, ist das Streben nach dem Pazifik von der Hoffnung bestimmt, die sozioökonomischen Probleme des Landes zu überwinden. Der "Verlust des Meeres" wird als wesentlicher Grund dafür gesehen, dass Bolivien im 20. Jahrhundert in seinem Entwicklungsstand deutlich gegenüber seinen Nachbarn abgefallen ist. Nach dem Human Development Index der Vereinten Nationen belegt Bolivien Rang 115 von 177 gelisteten Staaten, weit hinter Argentinien (36), Chile (38) und Brasilien (69; vgl. UNDP 2006). Argumente, wonach der Status "landlocked country" keinen direkten Einfluss auf die Entwicklung des Landes

hat, widerlegt der Entwicklungsökonom Jeffrey Sachs: Während ein Land wie die Schweiz, das in eine der wohlhabendsten Wirtschaftsregionen der Welt eingebettet ist, keinen entscheidenden Nachteil durch seinen Status als Binnenstaat hat, kostet es Staaten inmitten weniger Wachstums- und vieler Armutsregionen bis zu zwei Prozent ihres jährlichen Wirtschaftswachstums, keinen direkten Hafenzugang zu besitzen. Dazu Gallup/Sachs/Mellinger (1999): "Location and climate have large effects on income levels and income growth. (...) At particular disadvantage are regions located far from coasts and ocean-navigable rivers, for which the transportation costs of international trade are high."

Bolivien auf dem Weg zum Pazifik: Hoffnung oder Illusion?

Bolivien bemüht sich nun seit mehr als einem Jahrhundert um einen souveränen Zugang zum Pazifik. Erfolg wird es nur geben, wenn Chile dem Verzicht auf Teile seines Territoriums zustimmt. Diese Lösung ist trotz der derzeitigen Entspannungsbemühungen nicht zu erwarten. Das

Abtreten chilenischen Bodens könnte die nationale Einheit Chiles in politischer und sozialer Hinsicht gefährden und weitere Staaten wie etwa Peru dazu animieren, verlorene Gebiete zurückzufordern. Ein souveräner Küstenzugang unter bolivianischer Flagge erscheint daher als illusorisch.

Fortschritte in den wieder aufgenommenen Regierungsgesprächen wird es auf Seiten Boliviens wohl nur geben, wenn die zentrale Illusion aufgegeben werden kann, dass die nationale Identität allein mit der Wiedergewinnung der Pazifikgebiete gesichert ist. Eine Lockerung dieser emotional hoch besetzten Verknüpfung würde den Weg ebnen zur Anerkennung der Niederlage im Pazifikkrieg und zur Anerkennung der Nachkriegsrealität, die von verschiedenen politischen und ökonomischen Interessen auf chilenischer und bolivianischer Seite geprägt ist. Diese doppelte Anerkennung ist unverzichtbare

Voraussetzung für realistische Hoffnungen, nämlich auf dem Verhandlungsweg den oben genannten 13-Punkte-Plan erfolgreich abzuarbeiten.

Es ist bekannt, dass der Weg von der Illusion zur Annahme der Wirklichkeit schmerzlich und lang, aber auch voller Chancen für neue Perspektiven ist. Insofern bleibt die Wiederaufnahme der Gespräche ein ergebnisoffenes Unterfangen.

Danksagung

Der Autor dankt Wolfgang Winter für die hilfreichen Anregungen und Kommentare zu einer früheren Version des Beitrags.

Literatur

GALLUP, J. L., SACHS, J. D. & MELLINGER, A. D. (1999): Geography and Economic Development. In: International Regional Science Review, Vol. 22, No. 2, pp. 179-232.

HENRIQUEZ, A. (2006): Entre Chile y Bolivia, el mar. In: BBC Mundo, Ausgabe vom 8.12.2006 http://news.bbc.co.uk/hi/spanish/specials/ newsid_6219000/6219376.stm> (Zugriff: 10.4.2007)

Mansilla, H. C. F. (2001): Zwischen traditionellen partikularistischen Werten und modernen universalistischen Zwängen. Die Herausbildung der Nationalidentität Boliviens im Zeitalter der Globalisierung. In: Sevilla, R. & Benavides, A. (Hrsg.), Bolivien – das verkannte Land? Horlemann, Bad Honnef.

MESA GISBERT, C. D. (2001): Bolivien im 20. Jahrhundert – eine historische Annäherung. In: Sevilla, R. & Benavides, A. (Hrsg.), Bolivien – das verkannte Land? Horlemann, Bad Honnef.

Trigo Paz, J. (2007): Arica trinacional. In: La Razón – Diario Nacional de Bolivia, Ausgabe vom 24.2.2007

<http://www.la-razon.com/Versiones/20070224_ 005827/nota_246_394841.htm> (Zugriff: 10.4.2007)

United Nations Development Programme (UNDP) (2006): Human Development Report 2006. Beyond scarcity: Power, poverty and the global water crisis. UNDP, New York.

WINTER, J. & SCHARMANSKI, A. (2005): Sind die Andenstaaten unregierbar? Ursachen der politischen Krise in Bolivien, Peru und Ecuador. In: Zeitschrift Entwicklungspolitik, H. 14, S. 30-34.

WINTER, J. (2006): Bolivien: Armut schweißt zusammen. Ansätze für ein interkulturelles Zusammenleben jenseits aller Fragmentierung. In: eins Entwicklungspolitik, H. 11-12, S. 37-40.

Johannes Winter [johannes.winter@wiso.uni-koeln.de] ist Geograph und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wirtschaftsund Sozialgeographischen Institut der Universität zu Köln. Das APSA-Mitglied promoviert derzeit im Rahmen eines DFG-Forschungsprojekts zu Lernprozessen in Tochterbetrieben internationaler Unternehmen. In den Jahren 2002 und 2004 weilte er zu längeren Forschungsaufenthalten in Bolivien.

Anzeige



Deutsche Gesellschaft für Asienkunde e.V.

German Association for Asian Studies



ASIEN ist eine referierte Vierteljahreszeitschrift.

ASIEN veröffentlicht wissenschaftliche Beiträge aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Kultur zum gegenwärtigen Asien.

ASIEN liefert Ihnen viele nützliche Informationen:

- Konferenzberichte und -ankündigungen
- Rezensionen und Ankündigungen neuer Asienbücher
- Berichte über asienkundliche Forschung und Lehre, Projekte und Internetquellen

ASIEN ist die Mitgliederzeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde e.V.; Mitglieder der DGA (Beiträge 28,-- bzw. 55,-- € p.a.) erhalten **ASIEN** kostenlos!

ASIEN kostet im Jahresabonnement 50,-- € (zzgl. Porto- und Versandkosten).

Werden Sie Mitglied: **Deutsche Gesellschaft für Asienkunde e.V.**, Rothenbaumchaussee 32

D-20148 Hamburg, Telefon: +49 (040) 445891 | Fax: +49 (040) 4107945

E-Mail: post@asienkunde.de

http://www.asienkunde.de | http://www.dga-ev.de